

20. 20

R.

44, 48, 51

14. Feb. 1927

1927

r. 6 / Achter Jahrgang

Einzelnummer 20 Pl.

Leipzig, 11. Februar 1927

# Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt \* Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Beim Freitags-Redaktionsschluss Dienstagmittag. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt. Schriftleitung Leipzig, Querstraße 48-50.

Anzeigenannahme, Verlag, Expedition und Schriftleitung Leipzig, Querstr. 48/50 Fernruf 21 516. Postscheck Leipzig 21 690. Berliner Geschäftsstelle: M. Gonzer, N 24, Oranienburger Str. 26 (N 10094) Geschäftszeit 10 - 1, 3 - 5 Uhr, Tel. nach Geschäftsst. 26 628

Bezugspreis: 80 Pfennige monatlich, 2,40 Mark vierteljährlich. Anzeigenpreis: 6 gespalt. mm-Zeile 10 Pf., 3 gespalt. mm-Textzeile 40 Pf., Fam.-Anzeige mm-Zeile 5 Pf., Platzvorschr. n. bes. Tarif. Inseratenschluß: Mittwoch früh

NEUE LEIPZIGER ZEITUNG

ÜBER 100 000 AUFLAGE

**Singer Nähmaschinen sind vorbildlich**

Erleichterte Zahlungsbedingungen

Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft

Markgrafenstr. 8 (gegenüber dem Ratskeller)

Leipzig-Plagwitz: Zschochersche Straße 24

Leipzig-Neuschönefeld: Eisenbahnstr. 48

Leipzig-Gohlis: Hallische Straße 97

## Chronik der Woche

**Kamenew geht als Botschafter nach Rom.** Moskau. Der zum Botschafter Sowjetrußlands für Italien ernannte frühere Volkskommissar Kamenew ist bereits nach Rom abgereist. Am Bahnhof hatten sich der italienische Botschafter Graf Manni, ein Vertreter des Kommissariats für Auswärtigen Angelegenheiten und viele andere eingefunden.

Die jüdische Gemeinde in Rom trägt sich ins Goldene Buch des Nationalfonds ein. Rom. Die jüdische Gemeinde von Rom, die in früheren Jahren gegen die jüdisch-nationale Bewegung Stellung genommen hat, beschloß in ihrer letzten Sitzung sich zur Feier des 25jährigen Jubiläums des Keren Kajemeth in das Goldene Buch dieser Institution eintragen zu lassen. Für den Beschluß setzte sich der Präsident der Gemeinde Angelo Sereni ein, der auch bei der vorjährigen Konferenz der jüdischen Gemeinden Italiens den Beschluß durchgesetzt hat, daß die italienische Jüdische Gesellschaft sich an der Jewish Agency beteiligt.

**Professor Hugo Greßmann nach Amerika eingeladen.** Berlin. (JTA.) Der hervorragende Berliner Theologe und Leiter des Institutum Judaicum an der Berliner Universität, Professor D. Dr. Hugo Greßmann, ist eingeladen worden, im März und April an verschiedenen Orten Nordamerikas Vorträge zu halten.

**Drei Monate Gefängnis für Beschimpfung Rathenaus.** Berlin. Der verantwortliche Redakteur des „Deutschen Tageblattes“, Dr. Lippert, der erst kürzlich wegen Beleidigung des Wohlfahrtsministers Hirtseifer eine Strafe erhielt, wurde heute vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte einen Brief veröffentlicht, der schwere Beschimpfungen Walter Rathenaus enthielt.

**Auswärtige Konsuln in Palästina beschwerten sich.** London. (JTA.) Die Regierung Frankreichs und Italiens beschwerten sich im Auswärtigen Amt darüber, daß die Palästina-Regierung die traditionellen Rechte ihrer konsularischen Vertreter in Palästina einschränken will. Die auswärtigen Konsuln in Palästina genießen das Vortrecht, keine Steuern zu zahlen, ferner nehmen sie gewisse religiöse Ehrenstellen ein. — Die griechische Regierung ließ eine Note überreichen, in welcher die Befriedigung der Ansprüche des Herrn Mawromatis auf Ersatz der ihm entgangenen Profite durch Nichtausnutzung gefordert wird.

**Feier des Nationalfonds-Jubiläums.** Paris. Im Saale des Trocadero wurde das 25jährige Bestehen des Jüdischen Nationalfonds von einer zahlreichen Versammlung festlich begangen. Es sprachen Nahum Sokolow, Wladimir Jabotinsky, der Deputierte Morogjafferi und der Präsident des Nationalfonds für Frankreich, Herr Mirtil. Die beiden letzten Redner gelobten im Namen der französischen Judenheit und Frankreichs, daß an dem Aufbau Palästinas nach Kräften mitgearbeitet werden wird.

**Ein schöner Erfolg der Kooperative Soel Boneh.** Jerusalem. (JTA.) Die jüdische Arbeiter-Baukooperative „Soel Boneh“ hat laut Kontrakt mit der Regierung die Luftfahrtstation in Gaza mit 40 Meter langem und 30 Meter breitem Aerodrom innerhalb zweier Monate erbaut und die Station zur festgesetzten Stunde der Regierung übergeben. Die Regierung sprach der Kooperative ihre vollste Zufriedenheit für die schöne Leistung aus. Die Luftfahrtstation in Gaza ist eine Zwischenlandungsstelle auf der Strecke Kairo-Karachi.

**Gedenkfeier am vierten Todestag Max Nordaus.** Paris. Aus Anlaß der vierten Wiederkehr des Todestages von Max Nordau fand unter dem Vorsitz von Wladimir Jabotinsky eine Gedenkfeier statt, in der die Witwe des verstorbenen Zionistenführers, Frau Anna Nordau, Leben und Werk ihres Gatten schilderte. Nordau wählte, sagte sie, Paris zu seinem Wohnsitz, weil er eine tiefe Liebe für das Land der Freiheit und der großen Revolution hegte. In Paris schrieb er seine Hauptwerke, in Paris fand er auch zuerst den schriftstellerischen Ausdruck für seine zionistischen Ideen. Hier ist er zuerst Theodor Herzl begegnet. Seit dem Dreyfus-Prozeß, schloß Frau Nordau, widmete Max Nordau sein Leben der jüdischen nationalen Sache.

**Der Schweizer Konsul für Britisch-Kolumbien, Samuel Gintzburger, gestorben.** Bern. In Vancouver (Kanada) verstarb kürzlich der Schweizer Konsul für Britisch-Kolumbien, Samuel Gintzburger. Er entstammte einer Ortschaft des Kantons Neuenburg und lebte seit vielen Jahren als ein angesehener Kaufmann in Kanada. Der Bundesrat ließ einen Kranz auf dem Grabe Gintzburgers niederlegen. Der Berner „Bund“ widmet dem verstorbenen Konsul einen warmen Nachruf und schreibt: „... In Herrn Gintzburger hat eine stark geprägte Persönlichkeit und ein trefflicher Mitarbeiter unseres Konsulardienstes Abschied von der Welt genommen. Ehre seinem Andenken!“

## Die neue Berliner Gemeinde-Mehrheit

Von unserem Berliner Korrespondenten

Berlin, 8. Februar 1927.

Den angestrengten Bemühungen der Berliner Gemeinde-Liberalen ist es, wie man jetzt endgültig feststellen kann, nicht gelungen, das Ergebnis der Repräsentantenwahlen für die Berliner Jüdische Gemeinde vom 16. Mai 1926 zu ändern. Ihren und den Protesten der nationaldeutschen Juden ist es aber zuzuschreiben, daß die im vorigen Jahre gewählte neue Mehrheit erst mit einer Verzögerung von ungefähr 10 Monaten die Geschäfte der größten jüdischen Gemeinde in Deutschland übernehmen wird. Die Geschichte des liberalen Protestes verdient, in einer Monographie festgehalten zu werden, die zu Nutz und Frommen und als abschreckendes Beispiel für kommende Geschlechter verfaßt werden müßte. Die Verbissenheit, mit der sich die durch die Wahlen von ihrer Alleinherrschaft amovierten liberalen Parteigrößen an ihre Herrschaft in der Berliner Jüdischen Gemeinde klammerten, wirkte lächerlich und beschämend für alle Juden. Schließlich kommt es allenthalben vor, daß eine Richtung nach jahrzehntelanger Herrschaft in die Minderheit gelangt und der Opposition weichen muß. Das vollzieht sich allgemein in würdiger Form, wobei die besiegte Mehrheit sich mit dem Gedanken tröstet, daß sie nach einer kürzeren oder längeren Periode wieder zur Herrschaft gelangen wird. Offenbar hat die gestürzte gemeindeliberale Mehrheit in Berlin das instinktive Gefühl, daß für sie ein Wiederaufstieg zur alten beherrschenden Stellung nicht mehr kommen wird, und darum scheute sie sich nicht, alle Mittel zu ergreifen, um sich wenigstens noch eine Gnadenfrist zu sichern. Doch sind letzten Endes alle Verbindungen, Beeinflussungsversuche und würdelosen Briefe fruchtlos geblieben. Es steht nunmehr fest, daß die Proteste gegen die Wahlen vom 16. Mai 1926 zurückgewiesen sind.

Die bisherige Opposition wird also in kurzer Zeit die Verantwortung für die Geschicke der jüdischen Gemeinde in Berlin übernehmen. Volkspartei, Religiöse Mittelpartei und Konservative verfügen über die Mehrheit und sind auch gewillt, die Konsequenzen aus dieser Tatsache zu ziehen. Schon vor den Repräsentantenwahlen und nachdem das Wahlergebnis bekannt war, ist seitens der neuen Mehrheit ausdrücklich festgestellt worden, daß sie nicht gewillt ist, das Beispiel der Gemeinde-Liberalen nachzuahmen. Diese hatten ihre Mehrheit rücksichtslos ausgenutzt. Das kam insbesondere bei der Personalpolitik in der jüdischen Gemeindeverwaltung zum Ausdruck. Dagegen hatten die nunmehrigen Mehrheitsparteien vergeblich angekämpft. Deren Forderung war stets ein ehrliches Koalitionsregime, das nach der Sachlage in der Berliner Gemeinde ihnen als das einzig mögliche erschien. Die Verteilung der einzelnen Parteirichtungen im Berliner Judentum ist seit Jahren dermaßen, daß von einer erdrückenden Mehrheit einer einzigen Richtung nicht gesprochen werden kann. Dieser Zustand hat sich auch durch die letzten Wahlen nicht erheblich verschoben. Wenn nun in der Gemeinde ungefähr

Hampel-Schirme und -Stöcke, Hainstr. 31